



Änderungsantrag

der Fraktion der CDU

Reform der Gemeindefinanzen

Drucksache 15/2705

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei den Verhandlungen zur kurzfristigen Stärkung der Gemeindefinanzen an folgenden Eckpunkten zu orientieren:

1. Rücknahme der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage.
2. Höhere Beteiligung der Kommunen am Aufkommen der Umsatzsteuer 2004.
3. Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe, sofern dies mehr Arbeit schafft, entbürokratisiert und die Kommunen finanziell entlastet.
4. Entlastung für die Kommunen bei der Sozialhilfe durch stärkere Anreize zur Arbeitsaufnahme von Sozialhilfeempfängern.
5. Berücksichtigung des erweiterten Konnexitätsprinzips durch die Bundesebene und Aufnahme ins Grundgesetz.

Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert, die von ihr selbst verursachte Schwächung der Finanzlage der kommunalen Ebene in Schleswig-Holstein zu korrigieren:

1. Keine Entnahmen aus den Finanzmitteln der kommunalen Ebene zur Finanzierung des Landeshaushalts.
2. Stärkung der Investitionsfähigkeit der kommunalen Ebene.
3. Sachgerechte und transparente Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs.
4. Zügige Umsetzung der Funktionalreform.
5. Stärkung der kommunalen Entscheidungskompetenz durch Reduzierung und Öffnung von Vorschriften und Standards.

**Peter Lehnert
und Fraktion**